

jede Sendung erhoben, wie sie für die Mitnahme von Telegrammen durch die Telegraphenboten und die Landbesteller im § 4, v der Telegraphenordnung festgesetzt ist.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. November 1922 in Kraft.

Berlin, den 3. November 1922.

Der Reichspostminister
Giesberts

Verordnung zur Änderung der Anweisung für den Funktelegraphendienst. Vom 3. November 1922.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes, betreffend Telegraphen- und Fernsprechgebühren, vom 6. Mai 1920 (Reichsgesetzbl. S. 894) wird mit Zustimmung des Reichsrats die Anweisung für den Funktelegraphendienst vom 15. Juni 1913 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 619) nebst Änderungen vom 22. März 1921 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 232), vom 22. Dezember 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1603) und vom 13. September 1922 (Reichsgesetzbl. Teil I, S. 733) mit Wirkung vom 15. November 1922 an wie folgt geändert:

1. Im § 4 ist im zweiten Absatz der Nummerung zu 2, Punkt 6, zu ersetzen „30 Mark“ durch: 60 Mark.

2. Im § 10 sind zu ersetzen unter

1. „Für deutsche Stationen beträgt in der Regel:

- a) die Küstengebühr 9 Mark für das Wort, mindestens 90 Mark für ein Telegramm,
- b) die Vordgebühr 12 Mark für das Wort, mindestens 120 Mark für ein Telegramm“ durch:

Für deutsche Stationen werden in der Regel erhoben:

- a) als Küstengebühr eine Grundgebühr von 60 Mark für jedes Telegramm und außerdem eine Wortgebühr von 30 Mark,
- b) als Vordgebühr eine Grundgebühr von 70 Mark für jedes Telegramm und außerdem eine Wortgebühr von 35 Mark.

3. Im § 44, letzter Absatz, ist „20 Mark“ zu ersetzen durch: 40 Mark.

Berlin, den 3. November 1922.

Der Reichspostminister
Giesberts

Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Fernsprechgebühren. Vom 3. November 1922.

Auf Grund des § 9 des Fernsprechgebühren-Gesetzes vom 11. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 913) werden mit Zustimmung des Reichsrats und eines aus 21 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags die in der Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Fernsprechgebühren vom 13. September 1922 (Reichsgesetzbl. Teil I, S. 734) festgesetzten Gebühren auf das Doppelte erhöht. Demgemäß ist zu den in den §§ 3, 4 und 8 des Fernsprechgebühren-Gesetzes bestimmten Gebührensätzen statt des bisherigen Zuschlags von 600 vom Hundert ein solcher von 1300 vom Hundert zu zahlen.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1922 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Änderung der gesetzlichen Fernsprechgebühren vom 13. September 1922 außer Kraft. Zu den im § 3 des Fernsprechgebühren-Gesetzes bestimmten, vierteljährlich im voraus fälligen laufenden Gebührensätzen wird jedoch noch bis Ende Dezember 1922 der Zuschlag von 600 vom Hundert und erst vom 1. Januar 1923 an der Zuschlag von 1300 vom Hundert erhoben.

Jeder Fernsprechteilnehmer ist berechtigt, seinen Anschluß bis zum 25. November 1922 auf den 30. November 1922 oder bis zum 25. Dezember 1922 auf den 31. Dezember 1922 zu kündigen.

Berlin, den 3. November 1922.

Der Reichspostminister
Giesberts

Verordnung zur Änderung der Fernsprechordnung. Vom 3. November 1922.

Auf Grund des § 12 des Fernsprechgebühren-Gesetzes vom 11. Juli 1921 (Reichsgesetzbl. S. 913) wird mit Zustimmung des Reichsrats folgendes bestimmt:

1. Die in der Verordnung zur Änderung der Fernsprechordnung vom 13. September 1922 (Reichsgesetzbl. Teil I, S. 734) festgesetzten Gebühren werden auf das Doppelte erhöht. Demgemäß ist zu den durch die Fernsprechordnung vom 25. August 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1207) bestimmten Gebührensätzen und sonstigen Beträgen statt des bisherigen Zuschlags von 600 vom Hundert ein solcher von 1300 vom Hundert zu zahlen.
2. Der Zuschlag von 1300 vom Hundert wird aus dem nach dem Fernsprechgebühren-Gesetz und der Fernsprechordnung zu entrichtenden Gesamtbetrag berechnet und in Form eines Feuerungszuschlags erhoben. Die Telegraphenverwaltung kann die

Vermittlungsstellen auch ermächtigen, jeden einzelnen Gebührensatz von vornherein um den Teuerungszuschlag zu erhöhen.

3. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Dezember 1922 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Änderung der Fernsprechordnung vom 13. September 1922 außer Kraft. Zu den vierteljährlich im voraus fälligen laufenden Gebühren wird jedoch noch bis Ende Dezember 1922 der Zuschlag von 600 vom Hundert und erst vom 1. Januar 1923 an der Zuschlag von 1300 vom Hundert erhoben. Dies gilt auch für alle laufenden Gebühren, die im Vierteljahr vom 1. Oktober bis Ende Dezember fällig werden.

Die Fernsprechteilnehmer sind berechtigt, Einrichtungen, deren Gebühren durch die vorstehende Verordnung erhöht werden, bis zum 25. No-

vember 1922 auf den 30. November 1922 oder bis zum 25. Dezember 1922 auf den 31. Dezember 1922 zu kündigen. Das gleiche Recht haben die Inhaber von Nebentelegraphen und von besonderen Telegraphen.

Unbeschadet der Bestimmung unter Ziffer 3 Abs. 1 Satz 4 sind für alle Leistungen der Telegraphenverwaltung, die nach dem 30. November 1922 ausgeführt werden, die um 1300 vom Hundert erhöhten Gebührensätze des Fernsprechteilnehmer-Gesetzes und der Fernsprechordnung auch dann zu entrichten, wenn der Antrag vor dem 1. Dezember 1922 gestellt worden ist.

Berlin, den 3. November 1922.

Der Reichspostminister
Giesberts